Literaturverzeichnis

FEDOROVA, I. / TROFIMENKO, YA. 2012. *Ukrainian students' academic mobility in the contemporary education space.* Online im Internet: URL: http://osvita.ua/abroad/higher_school/39508/ [Stand 2016-10-02]

o. V. 2014. *Die Kindheit ohne Gewalt*: Gesellschaft, Schule *und Familie als Verteidiger von Kinderrechten.* Online im Internet: URL: http://academia.in.ua/?q=node/507 [Stand 2016-10-08]

o. V. 2015. Nationale pädagogische Wolodymyr-Hnatjuk-Universität Ternopil integriert sich in die internationale Wissenschafts- und Bildungsgemeinschaft. Online im Internet: URL: http://www.tnpu.edu.ua/news/248/ [Stand 2016-10-08]

BUYAK, B. 2015. University of scientific work: state, problems and prospects. Online im Internet: URL: file:///C:/Users/Nata/Downloads/Ues_2015_15_6.pdf [Stand 2016-09-28]

o. V. 2016. Homepage des Vereins Freie Ukraine Braunschweig, http://freieukraine-braunschweig.de/ueber-uns/ [Stand 2016-10-18]

HENN, B. 2016. *Verein unterstützt Deutsch-Studium.* Online im Internet: URL: http://freieukraine-braunschweig.de/verein-unterstuetzt-deutsch-studium [Stand 2016-10-18]

o. V. 2016. *Bildungsministerium der Ukraine*, http://mon.gov.ua/usi-novivni/novini-oblastej/2015/09/14/u-tnpu-im.-volodimira-gnatyuka-vidkrivsya-czentr-liderstva/ [Stand 2016-10-15]

Dr. Nataliya Yashchyk
yashchyk@tnpu.edu.ua
Dr. Natalja Vyrsta
nataljabahrij@ukr.net
Dr. Viktor Drebet
vdrebet@yandex.ua

Lehrstuhl für deutsche Philologie und Methodik der deutschen Sprache, Nationale pädagogische Wolodymyr-Hnatjuk-Universität Ternopil
46000,M. Kriwonisstrasse 2
Ternopil
Tel. 8(0352)43-60-02

EINE AKTUELLE IDEOLOGISCHE KONFRONTATION: DIE DISKURSIVE LIBERALE DEMOKRATIE VS. KULTURSOZIALISMUS

GHEORGHE-ILIE FÂRTE

Abstract: The aim of this article is to depict as accurately as possible the ideological conflict between liberal democracy and an insidious present-day version of communism, namely cultural socialism. Obviously, it is not easy to describe the essential relationships between two complex phenomena that evolve nonlinearly within a hyper complex environment. The ideological systems of liberal democracy and cultural socialism involve both objective and subjective facts, material and immaterial components, neutral and emotion-laden aspects, deliberate and unintentional behaviors, linear and nonlinear effects, and planner-dependent and observer-dependent events. They affect each other and also fall under the influence of different non-political factors that characterize the Euro-Atlantic societies. In order to cope with the complexity of this research object we adopt the methodological dualism and a phraseological approach. The system of discursive liberal democracy can be seen – from a phraseological perspective – as a spontaneous order generated and maintained by three classes of attractors: the attractors of democracy (inclusion, political equality, high level of political participation, and majority rule), the attractors of liberalism (rule-governed political agency and the right to reasonable self-determination), and the attractors of public rationality (publicness, objectivity, verifiability, and reversibility). Liberal democracy subsists in any society only if a sufficient number of its members reproduce the corresponding attractors in their political (and non-political) conduct. It is important to note that it is much easier to reproduce the attractors of democracy than the attractors of liberalism and rationality. Maybe because of that the socialists strive to undermine the system of liberal democracy by perverting – in the first instance – the standards of (public) rationality. One of the most important ingredient of cultural socialism is so-called "political correctness"; by means of which people are prevented from expressing genuinely and politely certain beliefs or doubts in the public sphere even if they profess the standards of objectivity, verifiability, and reversibility. Under the pressure of political correctness the attractors

of public rationality tend to wither, the liberal dimension of the political system disappears too, and democracy becomes a sheer tyranny. Choosing a form of political organization is not a scientific, but a socio-political matter. It is not the job of social scientists to recommend or impose political goals in general and a specific political system in particular. However, inasmuch as some goals are set, social scientists can indicate the most appropriate means of meeting them. If the Euro-Atlantic societies still value liberal democracy and want to preserve it, it is important to teach them how to reproduce its attractors and to counteract the pernicious effects of cultural socialism.

Vorbemerkungen zur sozialen Wirklichkeit

Trotz aller Bemühungen der Sozialwissenschaftler ergibt die Untersuchung der sozialen und historischen Phänomene nur anfechtbare und revidierbare Ergebnisse. Dafür gibt es mehrere Gründe. Im Gegensatz zu den Naturwissenschaftlern forschen die Sozialwissenschaftler nicht nur objektive Tatsachen, deren Existenz völlig unabhängig von unserem Denken ist, sondern auch *subjektive Fakten*, die sind, was die Menschen denken, dass sie sind. (Hayek, 1952) Wenn zum Beispiel jemand während eines Gesprächs „Ich freue mich sehr, dass Donald Trump der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein wird" sagt, erzeugt er vor allem eine Folge von Lauten, die sowohl von ihm wie auch uns und seinen Gefährten als eine objektive Tatsache betrachtet werden kann. Die Korrelation zwischen der Quantität, der Intensität und der Frequenz der Laute auf der einen Seite und den elektrischen Signalen aus den Gehirnen der Diskussionsteilnehmer auf der anderen Seite gewährleistet uns jedoch keine ausreichenden Kenntnisse von den Auswirkungen des Satzes im Rahmen der Diskussion. Daher sollen wir auch die subjektiven Erfahrungen der Gesprächsteilnehmer in Betracht ziehen, obwohl viele von ihnen grundlos oder irrational scheinen. Das Aussprechen des Satzes „Ich freue mich sehr, dass Donald Trump der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sein wird" ist in der Tat keine Aggression, aber es ist möglich, dass jemand es als eine beleidigende Bemerkung ansieht und wegen dieses Gefühls in einer bestimmten irrationalen Weise handelt. Zuletzt ist es darauf zu achten, dass das Vorhandensein der subjektiven Fakten in vielen Fällen zweifelhaft ist und nur durch Versuch und Irrtum festgestellt werden kann. Die

Aufrichtigkeit der Personen, die uns ihre subjektiven Erfahrungen be-bekannt machen, spielt hier eine wesentliche Rolle.

Alle sozialen und historischen Tatsachen haben – ohne Ausnahme – eine *immaterielle Komponente*, die an sich ungenau, unbeständig und verwirrend ist, und genau auf Grund dieser Komponente sollen die Sozialwissenschaftler ihre Forschungsobjekte identifizieren und analysieren. Der geistige Bestandteil der sozialen Phänomene hindert die Sozialwissenschaftler, die *hinweisenden Definitionen* als Basis für alle denkbaren Beschreibungen, Erklärungen und Vorhersagen zu verwenden. Es ist unmöglich, eine liberale Gesellschaft, eine Menschenrechtsverletzung oder ein vernünftiges Argument auf die gleiche Art und Weise wie ein Erdbeben, eine Flut oder eine Leiche hinzuweisen. Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, dass die Sozialwissenschaftler sich über fast alle sozialpolitischen Themen streiten und ihre Beiträge – am häufigsten – in einer wilden Kakophonie untergehen. Zum Beispiel debattieren die Politologen nicht einfach über Demokratie, sondern über klassische, repräsentative, parlamentarische, deliberative, partizipative, direkte, überparteiliche, republikanische, liberale, radikale, soziale, populäre, sozialistische, neue, starke, religiöse, totalitäre, antizipative, bioregionale, stochastische, elektronische usw. Demokratie. (Farte, 2010) Je mehr die diskutierten Formen der Demokratie sind, desto schwieriger ist es, einen Konsensus über die Definition und die Grenzen der Demokratie zu finden oder eine demokratische Gesellschaft hinzuweisen.

Im Kontrast zu den Aussagen über die physische Realität oder die logischen und mathematischen Strukturen stehen die „Wahrheiten" über die historischen und sozialen Phänomene in direkter Verbindung mit den Interessen, Hoffnungen oder Sorgen der Menschen. Daher sind sie in der Regel entweder *geliebte* oder *hässliche Wahrheiten*. Die Sozialwissenschaftler neigen dazu, die geliebte Wahrheiten zu verteidigen und die Wahrheiten, die in Widerspruch zu ihren Illusionen oder Interessen stehen, anzugreifen. Der Satz des Pythagoras, der besagt, dass in allen ebenen rechtwinkligen Dreiecken die Summe der Flächeninhalte der Kathetenquadrate gleich dem Flächeninhalt des Hypotenusenquadrates ist, berührt niemanden, und es ist fast sicher, dass jede gewöhnliche Person die Menschen, die den Satz des Pythagoras ignorierten oder leugneten, nachsichtig behandeln würde. Wer aber an bestimmten sozialen oder historischen Wahrheiten zweifle

und skeptisch gegenüber anderen Behauptungen oder Theorien ist, geht er das Risiko ein, blamiert, isoliert oder gar bestraft zu werden. Vor der Revolution von 1989 zum Beispiel war es den Rumänen strikt verboten, die kommunistischen Dogmen in Frage zu stellen. Sogar in dem freien Euro-atlantischen Raum gibt es heutzutage politische Dogmen und Tabu-Wahrheiten (z. B der Egalitarismus, die universelle Solidarität, die genetische Bestimmung der Sexualität, das Recht auf geschlechtliche Selbstdetermination, das Ehe- und Adoptionsrecht für homosexuelle Paare, die Hauptschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg, die Singularität des Holocaust usw.), die im Lichte der neuen Beweise nur zu einem geringen Grad diskutiert werden können.

Im Gegensatz zu den Phänomenen der physischen Realität sind die sozialen Fakten komplexe, interaktive und dynamische Variablen, die sich im Netz der sozialen Realität auf *nichtlineare* Weise entwickeln. Ganz allgemein gesagt bedeutet dies, dass das System der sozialen Realität auf die Veränderung eines Parameters mit einer dazu proportionalen Veränderung des anderen Parameters nicht reagiert. Im Rahmen der sozialen Wirklichkeit können einige kleine zufällige Störungen brisante und unverhältnismäßige Wirkungen haben. (Kiel/Elliot, 1996) Wegen der Linearität von physischen Einheiten wissen wir sicher zum Beispiel, dass Wasser bei 100 Grad Celsius zu kochen beginnt. Da alle Menschen komplexe und *zwiespältige Verhaltensmuster* besitzen (Merloo, 1961) und alle sozialen Einheiten (Institutionen, Gemeinden, Gesellschaften usw.) sich auf nichtlineare Weise entwickeln, haben sehr wenige Beobachter, Wirtschaftsexperten, Soziologen und Politologen die umwälzenden Ereignisse (wie zum Beispiel die Rumänische Revolution von 1989, die Finanzkrise 2008 oder den Wahlsieg von Donald Trump) vorhergesagt. Die soziale Wirklichkeit ist zu dynamisch und komplex, um zu wissen, in welchem Moment die sozialen Phänomenen an der Schwelle zu den revolutionären oder unverhältnismäßigen Veränderungen stehen.

Die Nichtlinearität des Systems der sozialen Realität erschwert die Analyse der *Ursache-Wirkungs-Beziehungen* und verwischt die Grenzen der *individuellen Verantwortung*. Die Kenntnisse der Naturgesetze ermöglichen uns, die Ursachen und Auswirkungen eines bestimmten Ereignisses zu identifizieren. Im Falle dass wir das Gesetz „Wenn man ein Stück Metall erhitzt, dann dehnt es sich aus" kennen, und wir die Person A, die ein Stück Metall erhitzt, beobachten, können wir sagen, dass jenes Stück Metall sich ausdehnt und A der Autor der

Veränderung ist. Im Rahmen der sozialen Wirklichkeit wird die Analyse der Ursache-Wirkungs-Beziehungen sehr problematisch, weil es fast unmöglich ist, einen unwiderstehlichen Einfluss einer Variable auf anderen Variablen zu beweisen. Die Außenmotive verursachen keine Handlungen; sie sind für uns nichts anderes als Gelegenheiten, in *verschiedene* (oder gar *entgegengesetzte*) Richtungen zu handeln. (Peabody 1873) Die Menschen sind mit Vernunft, Gewissen und freiem Willen begabt, und daher können sie wie ein Stück Metall gar nicht verändert werden. Noch viel weniger können die Gemeinschaften und die Gesellschaften – als Sammlungen von mit Vernunft, Gewissen und freiem Wille begabten Wesen – auf diese Weise verändert werden. Die Geschichte bestätigt reichlich, dass alle Versuche der Sozialingenieure, die Menschen und die Gesellschaften zu modellieren, wie ein Töpfer bestimmte künstliche Gegenstände aus Ton herstellt, zum Scheitern verurteilt sind. (Es geschah oft zum Beispiel, dass die Politiker die Steuern erhöht haben, um mehr Geld in den Haushalt zu bringen, und damit genau das Gegenteil erreicht haben.)

Es kommt noch hinzu, dass die Abwesenheit der einfach linearen Ursache-Wirkungs-Beziehungen die individuelle Verantwortung nicht abbricht. Obwohl die Folgen unserer Taten sowohl von unseren Bemühungen als auch von unzähligen sozialen Wechselwirkungen hängen, tragen wir die Verantwortung für alle rational-beabsichtigten Konsequenzen unserer Handlungen. Unsere Intentionalität ist eine persönliche Fähigkeit, und wenn wir sie an ein bestimmtes Ergebnis anhängen, stehen wir in persönlicher Beziehung zu diesem Ergebnis. Auf der anderen Seite ist eine Person nicht verantwortlich für die unbeabsichtigten systemischen Zustände, weil diese Zustände nicht in ihren Handlungsbereich fallen. Zum Beispiel bin ich als Familienmitglied moralisch verpflichtet, meinen armen Brüdern zu helfen, aber ich bin nicht verantwortlich für die globale Armut.

Endlich soll man beachten, dass viele Sozialwissenschaftler den *kausalen* Ansatz mit dem *teleologischen* Ansatz beziehungsweise die *deskriptive* Perspektive mit der *normativen* Perspektive verwechseln. So haben mehrere Ideologen widersprüchlicher weise bestimmte kollektivistischen Herrschaftsformen – der sowjetische Bolschewismus, der rumänische (National)Sozialismus, der „liberale Progressivismus" usw. – sowohl als notwendige Folgen der historisch-sozialen Kausalketten wie auch als kontingente politische Ziele behandelt. Als kritische Konstruktivisten theoretisieren andere Sozialdenker eine

vermutliche notwendige Verbindung zwischen Kraft und Kenntnis. Sie behaupten, dass niemand die Phänomene der sozialen Realität aus einer objektiven Perspektive darstellt, weil das Netzwerk von Gruppen und Organisationen, die gemeinsam die politische Macht ausüben, die Rolle des „Eigentümers der (gültigen) Kenntnis" spielt und die alternativen Kenntnisse untergräbt. Daher sollten die Sozialwissenschaftler das dominante System der Wissensproduktion ständig in Frage stellen und die historisch-sozialen Tatsachen mehr als „*schöpfer*abhängige" Fakten wie „*beobachter*abhängige" Fakten ansehen. Aus einer überwiegend normativen Perspektive wäre es nicht so wichtig, was die historisch-sozialen Tatsachen *sind*, sondern was sie *sein sollen*.

Unter diesen Bedingungen ist es leicht verständlich, warum (a) viele Ideen und Theorien von irrigen Voraussetzungen ausgehen, (b) viele sozialen Fakten, die in krassem Widerspruch zur angenommenen normativen Struktur stehen, ignoriert sind, und (c) die sozialen Phänomenen überwiegend durch konnotative Ausdrücke beschrieben sind. Ein anschauliches Beispiel dafür ist der Bestseller *Capital in the 21st Century* von Thomas Piketty. (Piketty, 2014) Obwohl Piketty eine große Sammlung von empirischen Daten benutzt hat, gelang es ihm nicht, seinen strengen antikapitalistischen Bias und seine normative Haltung zu verbergen. Die Hauptthese, dass Kapitalanlagen mehr Rendite als das Wirtschaftswachstum den Produktionsfaktoren erzeugen, scheint uns eher eine falsche Ausnahme als eine bewährte Satz zu sein. Wenn die Hauptthese wahr gewesen wäre, wären die Nachkommen der lombardischen Bankers, Fuggers oder Rockefellers die Reichsten in der Welt gewesen. (Kemmerling, 2015) Außerdem brachte Piketty seine Kritik an der Ungleichheit des Volkseinkommens nicht vor, um eine objektive Darstellung der ökonomischen und sozialen Realität zu geben, sondern um ein politisches Instrument zu schaffen.

Die These, dass die Prinzipien des Kultursozialismus die diskursive liberale Demokratie nach und nach verzerrt, korreliert hyperkomplexe soziale Phänomene, die von miteinander verflochten Kausalketten hervorgerufen sind und stetig von vielen verschiedenen Faktoren beeinflusst sind. Einige Kausalketten gehören zu der *Außenwelt* (das heißt, zu der Welt der physikalischen, chemischen und physiologischen Phänomenen), und die anderen Kausalketten sind der *Innenwelt* (anders gesagt, der Denkens-, Gefühl- und Handelswelt)

zugeordnet. (von Mises) Da niemand wissen kann, in welchem Ausmaß die individuelle Verhaltensweise und die Entwicklung der Gesellschaft von dem menschlichen Denken und Willen beziehungsweise den Außenweltereignissen abhängen, ist es vorteilhaft, den methodologischen Dualismus anzunehmen und den theoretischen Rahmen der Praxeologie zu übernehmen. Dies ermöglicht uns, sowohl die objektiven wie auch die subjektiven Tatsachen in Betracht zu ziehen, die Fakten *sine ira et studio* zu diskutieren, die nichtlinearen Veränderungen durch Versuch und Irrtum zu erklären, die individuelle Verantwortung als eine reale Tatsache darzustellen und den normativen theoretischen Ansatz zu vermeiden oder zumindest zu zügeln. Die Praxeologie bietet kein Instrument, um die Ziele zu bewerten, weil sie nur eine Wissenschaft der Handlungsmittel ist. (von Mises, 2008) Im Rahmen der Praxeologie ist es gleichgültig zum Beispiel, ob wir als Ziel des kollektiven Handelns eine liberale oder eine totalitäre Gesellschaft haben. Jedoch ermöglicht die Praxeologie uns, zwischen wirksamen und unwirksamen Mitteln zu unterscheiden, sobald wir ein bestimmtes Ziel ausgewählt haben. Darüber hinaus hilft es uns, die absichtlichen und unabsichtlichen Folgen unserer Entscheidungen und Handlungen zu analysieren.

Die diskursive liberale Demokratie als spontane dynamische Ordnung

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von der Entstehung und der Veränderung der politischen Ordnungen und Herrschaftsformen. Manchmal scheinen die neuen politischen Ordnungen und Herrschaftsformen plötzlich auf Initiative der charismatischen Persönlichkeiten oder der bestimmten Interessengruppen zu entstehen. Manchmal leiten sie allmählich und unmerklich aus alten politischen Systemen her. Manchmal scheinen die neuen Regierungsformen durch Revolutionen und Kriege aufgezwungen zu sein. Manchmal sind die politischen Veränderungen von der ganzen Gesellschaft auf friedlichem Wege – als natürliche Ergebnisse der Geschichte – angenommen. Die Besonderheiten der politischen Veränderungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass jedes politische System eine *spontane Ordnung* ist, die als unbeabsichtigtes Resultat der absichtlichen und freiwilligen Taten von selbstinteressierten Individuen auftaucht. (Hayek, 1968) Jedes politische System entwickelt sich unter chaotischen Umständen,

so dass kein Mensch und keine Institution ihm eine verordnete oder endgültige Form geben kann, obwohl jede Tat – egal, wie unbedeutend sie scheinen mag – es beeinflusst.

Der europäische Kontinent ist seit Jahrhunderten der Schauplatz für heftige ideologische Auseinandersetzungen, und viele von diesen ideologischen Konflikten wurden von blutigen Revolten und Kriegen begleitet. Der neueste und wichtigste Zusammenstoß hatte zur Folge, dass der Faschismus, der Nationalsozialismus und der Realkommunismus ausgegrenzt wurden und die (diskursive) liberale Demokratie als vorherrschende politische Ideologie akzeptiert wurde. Derzeit scheint die liberale Demokratie im Euro-atlantischen Raum die einzige akzeptable Herrschaftsform zu sein, und wenige Menschen haben den Mut, ihre Prinzipien – die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Machtbegrenzung, die Mehrheitsregel, der Menschenrechteschutz, der Minderheitenschutz, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Sicherung von Freiheit und Gleichheit, die Akzeptanz einer politischen Opposition, offene und freie Debatten etc. – öffentlich in Frage zu stellen.

Die liberale Demokratie ist aber kein Selbstzweck, sondern lediglich ein politisches System und eine zweckdienliche Regierungsform, die im Laufe der bestimmten historischen Perioden und in bestimmten Gesellschaften überwiegend positive Auswirkungen gehabt hat. Die liberale Demokratie ist nicht heiliger als die Monarchie „von Gottes Gnaden", daher ist es nicht zu erwarten, dass sie in den natürlichen Lauf der Dinge weiterhin bestehen bleibt. Wie andere lebende Systeme muss die liberale Demokratie „negative Entropie" erzeugen, wenn sie – zumindest vorübergehend – ihrem Zusammenbruch widerstehen will. Genauer gesagt ist es notwendig, dass die Bürger die Kraft und die Motivation haben, die Attraktoren der liberalen Demokratie in einem ausreichenden Ausmaß zu reproduzieren. Diese Attraktoren speichern die Informationen über das Verhalten des politischen Systems im Laufe der Zeit (Kiel/Elliot, 1996) und wirken als organisierende Prinzipien, die Regelmäßigkeit zu dem System bringen. (Shaffer, 2012) Um die diskursive liberale Demokratie zu unterstützen, soll man Kenntnis über solche Attraktoren erlangen. Das Wissen über die witzige Definitionen der Demokratie – wie „die Selbstregierung der Regierte", „die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk" (Abraham Lincoln), „das monströse Produkt der mittelmäßigen Gehirnen und ihrem Neid" (Kuehnelt-Leddihn, 1952,

S.20), „der pathetische Glaube in das kollektive Wissen individueller Ignoranz" (H.L. Mencken) usw. – reichen nicht aus.

Wenn wir die diskursive liberale Demokratie unterstützen (oder im Gegenteil untergraben) wollen, ist es wünschenswert, zu wissen, dass sie im Wesentlichen durch die Beantwortung der folgenden drei Fragen bestimmt werden kann: (1) Wer soll die Gesellschaft regieren? (2) Wie soll die Macht ausgeübt werden? (Kuehnelt-Leddihn, 1974) (3) Was für Gründe oder Argumente können eine Regierung legitimieren und eine politische Maßnahme rechtfertigen? Im Allgemeinen ist die diskursive liberale Demokratie flexibel genug, um eine breite Palette von zufriedenstellenden Antworten zu finden.

Mit Bezug auf die erste Frage kann man sagen, dass eine demokratische Gesellschaft immer von *der Mehrheit ihrer politischen Körperschaft* regiert wird. Die historischen Umstände und der politische Wille der Bürger beeinflussen wesentlich die Größe und die Struktur der politischen Körperschaft. Im Laufe der Geschichte hat sie sehr unterschiedliche Elemente umfasst: (a) alle erwachsenen männlichen Bürger, die in der Armee gedient haben, (b) alle erwachsenen Männer, die Steuern zahlen, (c) alle erwachsenen Männer, (d) alle erwachsenen Personen ohne irgendeinen Unterschied, wie etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen, (e) die *sui generis* Union der Lebenden, ihrer Vorfahren und ihrer Nachkommen etc. Die Mehrheit der politischen Körperschaft ist das *wechselhafte* Ergebnis von den periodischen Wahlen, und sie ist direkt abhängig von den Wahlregeln. Es ist möglich, dass die Mehrheit der politischen Körperschaft beziehungsweise die Exekutive und das Parlament, die im Namen der Mehrheit regiert, ihrem Anteil am Wahlergebnis nicht entsprechen. Bei der Wahl zum Unterhaus im Vereinigten Königreich 2015 gewann die Partei der Arbeit (*Labour*) 9.347.304 Stimmen und 232 Sitze im Parlament, während die UKIP 3.881.011 Stimmen und nur einen einzigen Sitz im Parlament erreichte. (BBC, 2015) Dies bedeutet, dass die Anhänger der *Labour* im Verhältnis von 1 Sitz auf 40.406 Stimmen und die Sympathisanten der UKIP im Verhältnis von 1 Sitz auf 3.881.011 Stimmen im Parlament vertreten sind. Das obige Beispiel zeigt, dass die regierende Mehrheit mit der Mehrheit der Stimmen nicht unbedingt übereinstimmt. Hinzu kommt, dass die regierende Mehrheit der beste

oder – im Gegenteil – der schlechteste Teil der Gesellschaft sein kann. Hier und da ist sie identisch mit der gesamten politischen Körperschaft.

Die Anwesenheit der Demokratie steht nicht im Zusammenhang mit den Besonderheiten der politischen Körperschaft oder der regierenden Mehrheit, sondern mit den folgenden Attraktoren, die die Bürger in einem ausreichenden Ausmaß reproduzieren sollen: (Young 2002; Gastil 2008; Kuehnelt-Leddihn, 1974): (a) die Einbeziehung, (b) die politische Gleichheit, (c) gute Gelegenheiten zur Teilnahme und (d) die Mehrheitsregel als Entscheidungsprozedur.

Eine Gesellschaft erfüllt das Einbeziehungsverlangen nur dann, wenn kein Bürger vom politischen Prozess (insbesondere von den Wahlen) willkürlich ausgeschlossen wird. Die Einschränkungen der politischen Partizipation auf der Basis von Geschlecht, Eigentum, Rasse, ethnischer Herkunft, Ausbildung oder Religion verringern die demokratische Dimension des politischen Systems. Die politische Gleichheit fordert keine auswechselbaren Personen, Fähigkeiten oder Eigenschaften, Einflüsse usw., weil eine solche Gleichheit ganz unmöglich ist. Sie verlangt nur die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und die Stimmengleichheit. Auf der einen Seite schließt die (echte) Demokratie *alle* Privilegien aus, und auf der anderen Seite erlaubt sie uns, die Stimmen zu zählen, aber nicht zu wiegen. Die Stimmen der Reichen haben den gleichen Wert wie die Stimmen der Obdachlosen. Die Bürger haben gute Gelegenheiten, am politischen Leben teilzunehmen, insofern sie die *praktische* Möglichkeit haben, Probleme auf die Tagesordnung zu stellen, eigene Ansichten über diese Probleme auszudrücken oder mitzuteilen, und sich bei einer Wahl oder Abstimmung für oder gegen bestimmte Problemlösungen zu entscheiden. Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass die Bürger die *gleichberechtigte* Chance zur Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess haben sollen, weil alle echten Gelegenheiten eine starke *subjektive* Dimension haben. Eine gute Gelegenheit zur Teilnahme für mich konnte keine Relevanz für andere Leute haben. Endlich benötigt die Demokratie die Mehrheitsregel als Entscheidungsprozedur, um die Diskussionen, die Kontroversen und die Debatten über die politischen Probleme zu schließen. Genauer gesagt kommt eine demokratische Gemeinde zu einer Entscheidung durch Abstimmung, nicht durch Gewalt oder nach einer mystischen Offenbarung. Die endgültige Problemlösung ist die alternative Lösung, die die meisten Stimmen gewonnen hat.

Die Antworten auf die Frage „Wie soll die Macht ausgeübt werden?" zeigen das *eventuelle* liberale Merkmal des politischen Systems. Eine Regierung regelt ihre Untertanen auf einer ganz illiberalen Art und Weise, wenn sie mittels willkürlicher Gewalt beherrscht. Im Gegensatz zu ihr wendet eine liberale Regierung Gewalt nur erwartungsgemäß und geringstmöglich an, so dass jeder Bürger die *größtmögliche persönliche Freiheit* genießt (Kuehnelt-Leddihn, 1974).

Es ist selbstverständlich, dass "Freiheit" ein relativer Begriff ist. Die größtmögliche persönliche Freiheit hängt von dem historischen Kontext, der geographischen Lage, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten, der Prävalenz von einigen Tugenden oder Lastern usw. Trotz dieser besonderen Umstände ist es jedoch möglich, die grundlegende Ebene der liberalen Regierungen sehr klar darzulegen. Im Grunde genommen regelt eine Regierung die Bürger auf einer liberalen Art und Weise dann und nur dann, wenn sie das *Nichtaggressionsprinzip* (das auch das Prinzip der *angemessenen Selbstbestimmung* genannt wird) vorbehaltlos befolgt. Die Regierung bleibt treu diesem Attraktor des zivilisierten Lebens nur dann, wenn sie Gewalt in der *Privatsphäre* der anderen Menschen – der auch die Sphäre ihrer Freiheit und Moral ist – nicht auf eigene Initiative anwenden. Jede Person begrenzt ihre Privatsphäre, insofern sie öffentlich einen Besitzanspruch auf bestimmte Güter behaupten. Die Privatsphäre wird nicht in Bezug darauf definiert, wie viele Güter die Person besitzt, sondern wie viele Kontrolle die Person – als der exklusive Entscheider – über sich selbst und ihre Güter wirklich ausübt. (Shaffer, 2009) Je größer und besser geschützt die Privatsphäre der Bürger ist, desto liberaler ist die Regierung und freier die Gesellschaft.

Der unantastbare eigene Bereich einer Person umfasst (a) das eigene Leben und die körperliche Unversehrtheit, (b) die körperlichen, psychischen, moralischen und geistigen Fähigkeiten und (c) die materielle und immaterielle Güter, die jene Person durch die freie Ausübung der eigenen Fähigkeiten erworben hat. (Bastiat, 2011) In der hochzivilisierten Gesellschaft kann der Bereich der persönlichen Freiheit *durch Konsens* mittels Anspruchsrechten vergrößert werden. Es geht hier um das Recht auf Bildung, das Recht auf Wissenschaft und Kultur, das Recht auf Gesundheit, das Recht auf ein anständiges Leben, das Recht auf Altersrente, das Recht auf Arbeitslosengeld usw.

Das Nichtaggressionsprinzip erfordert uns vor allem, anderen Menschen nicht zu töten oder zu verletzten. Leider sind die eklatanten

Verstöße gegen das Gebot „Du sollst nicht töten" – wie Kriege, Revolu-Revolutionen, Aufstände und andere solche Bewegungen – allgegenwärtig in der Geschichte der Menschheit. Das Prinzip des friedlichen Verhaltens erfordert uns auch, unsere Mitmenschen körperlich oder seelisch nicht zu versklaven. Natürlich ist der Mensch weder allwissend noch allmächtig. Er muss ständig zu seiner Unwissenheit und seiner Schwäche stehen. Jedoch kann er auf Grund seiner Vernunft und seines freien Willens die subjektive Erfahrung der Freiheit haben, obwohl mehrere von seinen Handlungen unproduktiv oder gar kontraproduktiv sind. Das Prinzip der angemessenen Selbstbestimmung verbietet uns, unseren Mitmenschen eine angebliche „beste Verwendung" der Fähigkeiten zu verschreiben. Leider gibt es in fast allen Organisationen viele Menschen, die für andere Menschen zur Arbeit gezwungen sind. Solange diese Unterdrückten die Illusion der Freiheit haben, verwenden sie in vollem Umfang ihre physischen und psychischen Fähigkeiten. Sobald sie ihre Ausbeutung erkennen, wirken Frustration und Empörung lähmend auf ihre Leistungsfähigkeit. Die Lebensdauer einer Organisation scheint den Grad der Zwang innerhalb der Organisation /umgekehrt proportional zu sein.

Die Abweichungen vom Nichtaggressionsprinzip in Bezug auf den Besitz von Gütern, die durch freie Arbeit und Kooperation erworben wurden, sind der Diebstahl und der Betrug. Solange sie von Einzelpersonen oder geringen Gruppen begangen werden, sind diese Übertretungen als Vergehen behandelt, und sind ihre Autoren dafür bestraft. Wenn Diebstahl und Betrug in großem Maßstab und unter der Schirmherrschaft einer politischen Organisation begangen sind, wird Diebstahl nicht nur akzeptabel, sondern auch wünschenswert. Er ist oft auch mit gesetzlicher Gewalt aufgezwungen. Unter diesen Bedingungen wird der Staat „eine Fiktion, durch die jedermann auf Kosten anderer zu leben bemüht". (Bastiat, 2011, S. 99) Die anonymisierte gegenseitige Beraubung verursacht die Verstärkung der Plünderung, und wegen ihr könnte die Menschheit in Barbarei verfallen.

Es ist evident, dass die Demokratie nicht *eo ipso* liberal ist. Im Gegenteil scheint die Demokratie eine Tendenz zum monolithischen Totalitarismus zu haben. Die Verbindung zwischen Demokratie und Liberalismus kam spät in die Geschichte der Menschheit, und diese „Ehe" enthielt von Anfang an die Samen der Scheidung. (Kuehnelt-

Leddihn, 1974). Es ist einfacher, die Demokratie zu erweitern als die liberale Regierung zu bewahren.

Die Antworten auf die Frage „Was für Gründe oder Argumente können eine Regierung legitimieren und eine politische Maßnahme rechtfertigen?" stellen den *Grad der Vernünftigkeit* eines politischen Systems heraus. Die Rationalität der politischen Ordnung steht in Korrelation mit der Bereitschaft der Bürger, die folgenden Attraktoren zu reproduzieren: (a) die Öffentlichkeit, (b) die Objektivität, (c) die Belegbarkeit und (d) die Revidierbarkeit.

Die erste Bedingung fordert uns, sowohl unsere Ansichten, Überzeugungen und Behauptungen in den öffentlichen Bereich ehrlich auszudrücken, wie auch die basierenden Hintergrunderfahrungen, Interessen und Motive in einer verständlicher Form zu erklären. Wenn jemand die Regeln des Anstands beachtet, darf und soll er seinen Standpunkt in Bezug auf die politische Probleme öffentlich ehrlich vertritt, obwohl der Standpunkt irrig ist. Die Zensur, die Einschränkung der Forschungs- und Redefreiheit, die politische Dogmen und die angeblichen Tabu-Wahrheiten verringern die Öffentlichkeit und vermindern *eo ipso* den diskursiven Charakter und die Rationalität der politischen Ordnung.

Um die Objektivitätsbedingung zu erfüllen, sollen die Bürger annehmen, dass (a) es eine unabhängige vom menschlichen Willen und Vernunft Realität gibt, und (b) es die absolute Wahrheit gibt, auch wenn wir nur einige bessere oder schlechtere Versionen von ihr haben können. Ob man die objektive Wirklichkeit und die absolute Wahrheit ignoriert oder leugnet, ist es unmöglich, die Behauptungen und Handlungen in der Tat zu vergleichen und zu bewerten. Ohne die Objektivitätsbedingung anzunehmen, kann jemand widersprüchliche Dinge behaupten. Zum Beispiel könnte er behaupten, dass er manchmal Mann und manchmal Frau ist, egal was sein biologisches Geschlecht ist.

Die Menschen reproduzieren den Belegbarkeitsattraktor, insofern sie gute Argumente für ihre Ansprüche und Behauptungen vorbringen. Selbstverständlich verlangt die Belegbarkeitsbedingung nicht, dass wir immer unseren Standpunkt mit Hilfe von empirisch beobachtbaren Daten beweisen. Sie fordert auch nicht, dass unsere Argumente verständlich und stichhaltig für alle Mitbürger sind. Es ist genug, danach zu streben, unsere Behauptungen sowohl mit der objektiven Realität wie auch mit der Verstehens Fähigkeit unserer

Mitbürger zu korrelieren. Dies bedeutet aber nicht, dass wir unsere Behauptungen auch mit ihren Illusionen, Interessen oder Gefühle. Die Öffentlichkeit ist ein männliches Debattengebiet, in dem das Prinzip „Platon ist mein Freund, aber noch mehr liebe ich die Wahrheit" unbedingt gilt.

Endlich ist es zu erwähnen, dass in einer überwiegend rationalen politischen Ordnung *alle* Behauptungen revidierbar sind. Wenn wir annehmen, dass wir nur unvollständige oder fehlerhafte Versionen der Wahrheit haben können, ist es nicht akzeptabel, dogmatisch zu sein und Tabu-Wahrheiten zu beteuern. Je besser die Versionen der Wahrheit sind, desto mehr bereit sind die Befürworter, sowohl die Argumente als auch die Gegenargumente in Betracht zu ziehen. Die Biologen, Physiker, Chemiker, Mathematiker oder Logiker versuchen nicht, ihre belegten Wahrheiten mit Hilfe von Gewalt zu verteidigen. Warum sollen wir die (legale) Gewalt als Argument im Bereich der Geschichte und Sozialwissenschaften annehmen?

Die obigen Attraktoren – die Öffentlichkeit, die Objektivität, die Belegbarkeit und die Revidierbarkeit – helfen uns, gemeinsam einen *Mindeststandard der Rationalität* zusammenbauen, um die politische Probleme aus verschiedenen Perspektiven diskutieren zu können. Ohne solch einen Standard ist es ganz unmöglich, das politische System der liberalen Demokratie zu bewahren.

Ein Gespenst droht die liberale Demokratie – der Kultursozialismus

Wie bereits erwähnt, ist die diskursive liberale Demokratie weder eine notwendige Wirkung der historischen Gesetze noch ein unausweichliches Ergebnis einiger gesellschaftlicher Kräfte. Die euro-atlantischen Gesellschaften haben diese politische Formel durch Versuch und Irrtum erreicht, zum Teil, weil sie ständig die Wille gehabt haben, ihre politische Instrumente zu verbessern. Während dieses kontinuierlichen Lernprozesses haben die westlichen Gesellschaften die Weisheit bewiesen, *alle* Attraktoren der diskursiven liberalen Demokratie zu reproduzieren, ohne dass sie das Eingeben von zufälligen Faktoren als Treiber der Entwicklung in das politische System verhindern.

Um die Vorteile der liberalen Demokratie zu genießen, soll die Gesellschaft ein dynamisches Gleichwicht zwischen den „demokratischen", „liberalen" und „rationalen" Attraktoren halten. Die

Attraktoren der Demokratie – die Einbeziehung, die politische Gleich-Gleichheit, die praktische Möglichkeit zur politische Teilnahme und die Mehrheitsregel als Entscheidungsprozedur – erzeugen (a) einen großen Rekrutierungspool von geeigneten Politiker, (b) die friedliche Übergabe der Macht von einer politischen Partei oder Klasse zur anderen, (c) eine breitere Verteilung der politischen Macht in der Gesellschaft und (d) die Unterstützung der Bevölkerung für wichtige politische Projekte, insbesondere in Krisensituationen. Die Attraktoren des Liberalismus – das Nichtaggressionsprinzip und die durch Konsens festgelegten Anspruchsrechten – (a) maximieren die Privatsphäre der Personen, (b) bieten Schutz vor dem willkürlichen Gebrauch der Gewalt, egal, ob es um die staatliche Gewalt geht oder um die ungeordnete Gewalt der aggressiven Mitbürger, (c) verbessern die persönliche Freiheit, insbesondere die Produktionsfreiheit und die Freiheit zum Währungsaustausch, (d) wecken in den Bürger das Gefühl der persönlichen Verantwortung, und (e) steigern das moralische Niveau sowohl der Individuen wie auch der Gesellschaft. Schließlich erlauben uns die Attraktoren, die den *Mindeststandard der Rationalität* bilden – nämlich die Öffentlichkeit, die Objektivität, die Belegbarkeit und die Revidierbarkeit –, (a) zwischen den Fakten und den Illusionen beziehungsweise zwischen den objektiven Tatsachen und den subjektiven Erlebnissen zu unterscheiden, (b) die objektive Realität besser zu kennen, (c) zwischen den vernünftigen und den irrationalen Ansichten zu diskriminieren, (d) eine tolerante, aber nicht indifferente Haltung zu den Irrtümern und zu denjenigen, sie begehen, einzunehmen und (e) die nichtlineare Ursache-Wirkungs-Beziehungen durch Versuch und Irrtum zu kennen und nutzen. Ohne die demokratische Dimension wird die politische Ordnung ein geschlossenes und statisches *Kastensystem*, ohne die liberale Merkmale verwandelt sie sich in eine *Gewaltherrschaft* (egal, ob es um Autokratie, Aristokratie oder Ochlokratie geht) und ohne die diskursiven (d. h. rationalen) Attraktoren transformiert sie sich in ein *chaotisches Universum*, wo obskurantistische, intolerante und entwicklungsfeindliche Individuen ihre animalischen Instinkte anstatt ihres Verstandes und ihres Bewusstseins folgen.

Die diskursive liberale Demokratie ist kein perfektes politisches System, aber es erweist sich auch in der Gegenwart als eine hervorragende *adaptive Strategie*, die uns helfen, viele lebenswichtige Probleme zu lösen. Deshalb ist es sinnvoll, dass die Bürger das System

der liberalen Demokratie vor den entopischen Kräften schützen, vor allem, wenn die zerstörerischen Einflüsse von unehrlichen Feinde ausgeübt sind. Gustave Le Bon sagte zu Recht, dass die große Zivilisationen zugrunde gehen, sobald sie aufhören, sich zu verteidigen. (Le Bon, 1924) *Mutatis mutandis* ist es sicher, dass die liberale Demokratie zugrunde geht, falls zu wenige Bürger dazu bereit sind, die entsprechenden Attraktoren richtig zu reproduzieren.

Eine der größten Bedrohungen für die liberale Demokratie ist zurzeit die heimtückische Variante des Sozialismus, nämlich der *Kultursozialismus*.

Der Konflikt zwischen der liberalen Demokratie und den verschiedenen Formen des Sozialismus (Jakobinismus, Kommunismus, revolutionärer Anarchismus, Bolschewismus, Faschismus, Nationalsozialismus[1], Realsozialismus, Linksextremismus, Maoismus, Freudomarxismus, Castrismus, Trotskysmus, Befreiungstheologie usw.) kann in Bezug sowohl auf die biologische als auch auf die kulturelle Evolution der menschlichen Gesellschaft diskutiert werden. Die kulturellen Meme sowie ihre Träger haben die Tendenz, das eigene Überleben, genauer gesagt, ihre Reproduktion, Besiedelung und Verteilung in der Umwelt sicherzustellen. Insofern die Attraktoren der Demokratie und des Sozialismus grundsätzlich unvereinbar sind, ist es schwer, eine Symbiose zwischen den beiden Weltanschauungen und eine echte Kooperation zwischen ihren Trägern vorzustellen.

Obwohl das sozialistische Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt ist[2], war es immer wieder in verschiedenen Varianten von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart ausprobiert. Die unzählige Beweise für die Unhaltbarkeit des Sozialismus – insbesondere die Hunderte von Millionen Menschen, die im Namen des sozialen Fortschritts inhaftiert oder getötet wurden, und die tiefe Armut, die die

[1] Thomas DiLorenzo hatte Recht, wenn er sagte: „Der Faschismus war gerade eine andere Art von Sozialismus. Das Wort 'Nazi' war ein Akronym für den nationalen Sozialismus. Die deutschen Sozialisten zeichneten sich gegenüber den russischen Sozialisten dadurch aus, dass sie ihre Art von Sozialismus 'national' im Gegensatz zu 'international' benannt haben". (DiLorenzo, 2016)

[2] „Der Sozialismus kann nicht funktionieren, weil ohne das Privateigentum, die freien Marktpreise, den Rückkopplungsmechanismus der Gewinn- und Verlustrechnung und die wirtschaftliche Freiheit im Allgemeinen das rationalökonomische Kalkül unmöglich ist." (DiLorenzo, 2016)

(sozialistische) Planwirtschaft überall erzeugt hat – sind leider den Sozialisten Meinung nach keine ausreichende Gründe, um ihre sozialpolitischen Experimente aufzugeben. Es scheint, dass die Sozialisten glauben, dass sie die Gesetze der sozialen Organisation in voller Absicht ignorieren können und die Gesellschaft ganz nach ihren Geschmack organisieren dürfen. (von Mises, 2008)

Die Sozialisten sind nicht daran interessiert, gründliche und objektive Kenntnisse der sozialen Wirklichkeit zu erwerben, und sie berücksichtigen niemals die (nichtlinearen) nachhaltigen Wirkungen auf ihre Mitbürger und die ganze Gesellschaft. Ihr Hauptinteresse besteht darin, der Gesellschaft ein Netz der *Zwangstransaktionen* aufzuerlegen, so dass sie daraus denjenigen Nutzen ziehen, den sie mittels der *Produktion* und *freiwilligen Transaktionen* nicht bekommen könnten. Aus sozialistischer Sicht ist das politische System im Allgemeinen und der Staat im Besonderen „die große Fiktion, nach der sich jedermann bemüht, auf Kosten aller anderen zu leben". (Bastiat, 2011, S. 99)

Das Ausmaß, in dem die Menschen die Produktion und freiwillige Transaktionen beziehungsweise die (im Gegensatz zum Nichtaggression stehenden) Zwangstransaktionen als Anpassungsstrategien bevorzugen, erlauben uns, zwischen *Symbionten* und *Parasiten* zu unterscheiden. Die Symbioten unterhalten mit den anderen Menschen nur diejenigen Beziehungen, die allerdings für beide Vorteile besitzt. Im Vergleich zu ihnen stehen die Parasiten in eine ausbeuterische Beziehung mit den Mitmenschen, denen ein Teil der Nährstoffe entziehen. Obgleich *alle* Menschen teilweise als Symbioten und teilweise als Parasiten leben, kann man sagen, dass die Sozialisten neigen dazu, den Parasitismus als Anpassungsstrategie zu praktizieren.

Um ihr Verlangen nach den Gütern der Mitmenschen und ihre Versuche, sie mit Hilfe der (Staats)Gewalt zu ergreifen, zu rechtfertigen, stellen die Sozialisten ihres Problem aus einer falschen Perspektive dar. Normalerweise verdienen alle Menschen *objektiv* nur diejenigen Güter, die sie durch Produktion und freiwillige Transaktionen erhalten können, egal, ob sie zufrieden oder unzufrieden mit ihnen sind. Wegen ihres Neides sowie ihrer Frustration und Selbstüberschätzung halten (zu) viele Menschen *subjektiv* die Ansicht, dass sie *viel mehr* erhalten sollen. Selbstverständlich können sie nicht sagen, was „viel mehr" präzise bedeutet, weil alle subjektiven Schätzungen im Wesentlichen unbeständig sind. Ewig unzufrieden mit ihrem Zustand behaupten solche Menschen, dass sie ausgebeutet sind,

und sie das Recht haben, einige Güter von den „Unterdrückern" mit Hilfe der Staatsgewalt zu bekommen.

Ausgehend davon, dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist (Marx, 1848), spalten die Sozialisten die menschliche Gesellschaft in zwei Teile: die *Oberschicht* beziehungsweise die *Unterschicht*. Wie erwartet, betrachten alle Sozialisten sich als Unterdrückten, unabhängig von ihrem sozialen Status, Beruf oder Reichtum. Sie finden immer wieder ein Merkmal, um ihrer Zugehörigkeit zur Unterschicht zu rechtfertigen. Im Rahmen des klassischen Marxismus ist die Oberschicht die Bourgeoisie und die Unterschicht das Proletariat. Karl Marx war die Meinung, dass das Proletariat der Agent der Befreiung vom Kapitalismus und der Motor des sozialen Fortschritt ist, und er empfahl seinen Anhängern die folgenden revolutionären Maßnahmen (Marx, 1848):

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen.
5. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.
6. Zentralisation des Transportwesens in den Händen des Staats.
7. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung aller Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan.
8. Gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau.
9. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land.
10. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder. Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form. Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion usw.

Der obige berüchtigte Dekalog enthüllt einen tiefen Hass gegen die essenziellen Bestandteile der menschlichen Natur, wie die Liebe zur (ökonomischen) Freiheit, die Ehrfurcht vor dem Leben und dem Eigen-

tum des anderen, die Ehrfurcht und die Schutz der Privatsphäre, das Bedürfnis nach Spontanität und die Fähigkeit zur Nachsicht. Die Geschichte hat reichlich bewiesen, dass die „marxistischen" Maßnahmen überall nur Leid, Armut, Tod und, *nota bene*, moralischen Regress erzeugt haben.

Trotz wiederholter Ausfälle der sozialistischen Experimente scheint es, dass nur zwei Varianten des Sozialismus in den Mülleimer der Geschichte geworfen werden sind, nämlich der Faschismus und der Nazismus. Die anderen Arten des Sozialismus – vor allem, der Kultursozialismus – wirken sich heutzutage auf die Gesellschaft im Allgemeinen und auf das politischen System im Besonderen aus.

Einige Symptome von Kultursozialismus sind leicht zu beobachten, weil sie dank der Medien notorisch wurden: die Protestbewegungen *Occupy Wall Street* (Besetzt die Wall Street), *Indignados* (Die Empörte), *Black Lives Matter* (Das Leben der Schwartze ist bedeutend), *Social Justice Warriors* (Soziale Gerechtigkeit Krieger), *Wir sind Kirche* etc.; der große kommerzielle Erfolg des Buches *Das Kapital im 21. Jahrhundert* von Thomas Piketty; der Zustrom von Flüchtlingen und Migranten in die Europäische Union; die zögerlichen Reaktionen von mehreren amerikanischen und schwedischen Studenten auf die Fragen bezüglich der selbstdefinierten Genderidentität; das Urteil des höchsten US-Gericht, dass die amerikanische Verfassung garantiere landesweit ein *Recht* auf gleichgeschlechtliche Eheschließungen; der Streit um das Gesetz zur Toilettenbenutzung durch Transgender im US-Bundesstaat North Carolina; die Einseitigkeit und die Befangenheit der Mainstream-Medien[3]; die Übertreibungen der politischen Korrektheit; die völlige Akzeptanz der sogenannten Subkulturen; der tiefe Hass gegen den Kapitalismus und die traditionellen Institutionen; die Popularität der Anti-System-Parteien und Anti-System-Kandidaten (z.B. *Piratenpartei*,

[3] *The Huffington Post* postete monatelang auf seine Website den folgenden Hinweis an die Leser: „Note to our readers: Donald Trump is a serial liar, rampant xenophobe, racist, birther and bully who has repeatedly pledged to ban all Muslims – 1.6 billion members of an entire religion – from entering the U.S." (*Hinweis an unsere Leser: Donald Trump ist ein Serienlügner, ein zügelloser Ausländerfeind, ein Rassist, ein Birther und ein brutaler Kerl, der versprach, allen Muslimen – 1,6 Milliarden Mitgliedern der ganzen Religion – den Eintritt in die USA zu verbieten.*) Jetzt ist Donald Trump der gewählte Präsident der USA.

Fünf-Sterne-Bewegung, Goldene Dämmerung; Donald Trump, Marine LePen, Geert Wilders); das falsche Gefühl der Gerechtigkeit (der Anspruch auf Wohlfahrt); usw.

Alle diese Symptome zeigen vor allem, dass die Sozialisten auf die Frontalangriffsstrategie vorläufig verzichtet haben und danach streben, die diskursive liberale Demokratie durch unendliche Gefechte zu unterminieren. Sie wissen, dass die Zerstörung der Attraktoren, die den *Mindeststandard der Rationalität* bilden (nämlich die Öffentlichkeit, die Objektivität, die Belegbarkeit und die Revidierbarkeit) erleichtern Ihnen, eine verallgemeinerte Verwirrung zu erzeugen und die liberale Dimension des sozialen Lebens zu verringern. Anders gesagt: Die Sozialisten wissen, dass *die Klasse, die die Kulturkampf verliert, auch die politische und wirtschaftliche Kampf in Kürze verlieren wird.*

Erstens haben die Anhänger des Kultursozialismus die Oberschicht und die Unterschicht neu definiert, so dass die selbstdefinierte Unterschicht sich ständig vergrößern kann. Aus der neuen Perspektive ist die Oberschicht nicht mehr die Bourgeoisie, sondern eine Mischung von „versehentlichen Unterdrückern": die Rentner, die Unternehmer, die Aktionäre, die Freiberufler, die weißen Menschen, die Männer, die Patrioten, die Menschen, die die Tabus der politischen Korrektheit brechen, die Mitglieder der traditionellen Institutionen (insbesondere der Katholischen Kirche), die reichen Erben, die praktizierenden Christen, die „strikt Heteros" usw. Die neue Unterschicht ist nicht mehr das Proletariat, sondern eine in konstanter Expansion Sammlung der „selbstdefinierten Unterdrückten": die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten, die Frauen, die farbigen Menschen (d.h. die rassischen Minderheiten), die ethnischen Minderheiten, die sexuellen Minderheiten, die Behinderten, die Sozialhilfeempfänger, die (illegalen) Migranten, die Aktivisten (z.B. die Aktivisten für soziale Gerechtigkeit, Öko-Aktivisten, Tieraktivisten u.a.), die Internationalisten, die übergewichtigen Menschen, die subkulturellen Minderheiten usw.

Es ist selbstverständlich, dass eine solche Diskriminierung verwirklich ist, weil die neue Oberschicht sehr viele Personen enthält, die ihre Grundbedürfnisse nur durch symbiotische Beziehungen – Produktion und freiwillige Transaktionen – erhalten. Auf der anderen Seite bezeichnen andere Individuen sich als Unterdrückten, obwohl sie offensichtlich in parasitischen (d.h. ausbeuterischen) Beziehungen mit Mitmenschen stehen.

Durch Selbstviktimisierung liegen die Sozialisten in einer sehr günstigen Position, um den Kulturkampf aufzunehmen. Sie können die Kultur – das heißt alle Gewohnheiten im Denken, Fühlen und Handeln, die Mitgliedern einer Gesellschaft gemeinsam sind – mit Hilfe von Medien, Denkfabriken, Akademien und anderen Kulturinstitutionen beeinflussen, ohne gültige Argumente für ihre Thesen zu haben. Insofern sie überwiegend subjektiven Lebenserfahrungen (wie zum Beispiel die sexuelle Orientierung) in der öffentlichen Sphäre vorbringen, behandeln sie die Gegenargumente als persönliche Angriffe. Überdies haben die Sozialisten die erfolgreiche Taktik von Marx übernommen, nämlich die ideologischen Gegner als Unterdrücker oder Ausbeuterknecht abzustempeln. (Pearce, 2016) Die Intellektuellen sind keine tapferen Menschen; in der Regel lassen sie sich durch die aggressiven Taktiken einschüchtern.

Um die liberale Demokratie und die Zivilisation, die auf sie gebaut wurde, zu verteidigen, ist es notwendig, die bedeutenden Themen des Kulturkampfs mittels der Attraktoren, die den *Mindeststandard der Rationalität* bilden, zu diskutieren. Nur die strikte Einhaltung der Öffentlichkeit, Objektivität, Belegbarkeit und Revidierbarkeit kann den Apologeten der liberalen Demokratie helfen, die aktuellen Themen des Kulturkampf – die menschliche Natur, das Identitätsproblem, das Willensfreiheitsproblem, die Rationalitätsstandards, die Regularisierung einer spontanen Ordnung, die (ökonomischen) Ungleichheit, das Recht auf Privateigentum (insbesondere in Bezug auf die Produktionsmittel), die wirtschaftliche Freiheit, die Rolle der traditionellen Institutionen (die Familie, die Schule, die Kirche,...), das Sonderrechteproblem, die Ansprüche der sogenannten unterdrückten Minderheiten an bestimmte Begünstigungen, die Grenze zur Forschungs- und Redefreiheit, die Grenze zur Diskriminierung usw. – erfolgreich zu debattieren. Die Nachhaltigkeit der liberalen Demokratie ist abhängig in erster Linie von der Gültigkeit ihrer Thesen und nur in zweiter Linie von der Anzahl der Individuen, die sie aktiv unterstützen. Es ist besser für die liberale Demokratie, Anhänger zu verlieren, als Sympathisanten durch Lügen und Manipulation zu erwerben. Im Gegensatz zum (Kultur)Sozialismus, dem *alle* Lügen unschädlich integrieren darf, soll die liberale Demokratie auf der Wahrheit beruhen, andernfalls sie zum Untergang verurteilt wird. *Eine einzige* (absichtliche) Lüge kann fatal sein.

Schlussfolgerung

Es ist fraglich, dass die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist, aber es ist sicher, dass eine dramatische ideologische Konfrontation, anders gesagt, einen Kulturkampf allen wichtigen Veränderungen der politischen Ordnung vorangeht. Die diskursive liberale Demokratie hat mehrmals erfolgreich mit dem Sozialismus konfrontiert. Diesmal ist der Kampf schwieriger, weil der Feind – der Kultursozialismus – eine heimtückische Variante des Sozialismus ist und es zu wenige Personen gibt, die die Attraktoren der liberalen Demokratie richtig reproduzieren. Die Verteidiger der liberalen Demokratie können diesen Aufsatz als ein Instrument nutzen, um die verderblichen Thesen des Kultursozialismus, die aggressive Taktiken der Sozialisten zu kämpfen und die Attraktoren der liberalen Demokratie – als spontaner dynamischer Ordnung – zu reproduzieren. Außerdem können alle Sozialwissenschaftler einen ehrlichen Versuch verfolgen, den die vielfältigen Auswirkungen einer ideologische Konfrontation im Rahmen eines hyperkomplexen sozialen Systems darstellt.

Literaturverzeichnis

BASTIAT, Claude Frédéric. 2011. *Government*. In *The Bastiat Collection*. Second edition. Auburn (AL): Mises Institute.

BBC. 2015. Election – Results. Online im Internet: URL: http://www.bbc.com/news/election/2015/results [Stand-2015-06-21]

DILORENZO, Thomas. 2016. *The Dirty Secrets of Socialism (Or, The Purpose of Political Correctness)*. „LewRockwell.com". 31 Dezember. Online im Internet: URL: https://www.lewrockwell.com/2016/12/thomas-dilorenzo/real-purpose-pc [Stand-2016-12-31]

FARTE, Gheorghe-Ilie. 2010. "Democratic Public Discourse in the Coming Autarchic Communities." *Meta: Research in Hermeneutics, Phenomenology, and Practical Philosophy*. 2 (2): 386-409

GASTIL, John. 2008. *Political Communication and Deliberation*. Los Angeles: Sage Publications

HAYEK, F.A. 1952. *The Counter-Revolution of Science: Studies on the Abuse of Reason*. Glencoe (IL): The Free Press

HAYEK, F.A. 1968. *The Confusion of Language in Political Thought*. Tonbridge: The Institute of Economic Affairs

https://mises.org/sites/default/files/Liberty%20or%20Equality%20The%20Challenge%20of%20Our%20Time_4.pdf [Stand-2014-04-24]

KEMMERLING, Achim. 2015. Rezension: Thomas Piketty – Capital in the 21st Century. Online im Internet: URL: https://www.researchgate.net/profile/Achim_Kemmerling/publication/277567984_Piketty_Thomas_Capital_in_the_Twenty-First_Century/links/55ddb14e08ae45e825d3518e.pdf?inViewer=0&pdfJsDownload=0&origin=publication_detail [Stand-2016-11-03]

KIEL, L. Douglas und Elliott, Euel. 1996. *Exploring Nonlinear Dynamics with a Spreadsheet: A Graphical View of Chaos for Beginners*. In L. Douglas Kiel and Euel Elliott (Hrsg.). *Chaos Theory in the Social Sciences: Foundations and Applications*. Ann Arbor (MI): The University of Michigan Press, 19-29. Online im Internet: URL: https://www.press.umich.edu/pdf/9780472084722-ch1.pdf [Stand-2016-10-28]

KUEHNELT-LEDDIHN, Erik Maria, Ritter von. 1952. Liberty or Equality: The Challenge of our Time. Caldwell (ID): The Caxton Printers. Online im Internet: URL:

KUEHNELT-LEDDIHN, Erik Maria, Ritter von. 1974. *Leftism: from de Sade and Marx to Hitler and Marcuse*. New Rochelle, New York: Arlington House. Accessed April 24, 2014. Online im Internet: URL: https://mises.org/library/leftism-de-sade-and-marx-hitler-and-marcuse [Stand-2014-05-08]

LE BON, Gustave. 1924. *The World Unbalanced*. London: T. Fisher Unwin Ltd. Online im Internet: URL: https://archive.org/details/worldunbalanced033147mbp [Stand-2014-07-05]

MARX, Karl und ENGELS, Friedrich. 1848. *Manifest der Kommunistischen Partei*. Online im Internet: URL: https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest [Stand-2016-09-05]

MEERLOO, Joost A.M. 1961. *That Difficult Peace*. New York: Channel Press. Online im Internet: URL: https://archive.org/stream/thatdifficultpea030793mbp#page/n7/mode/2up [Stand-2012-10-12]

PEABODY, Andrew P. 1873. *A Manual of Moral Philosophy*. New York, Chicago: A. S. Barnes and company. Kindle Edition

PEARCE, Joseph. 2016. *Demonizing the Enemy: The New Tyranny*

of Irrational Discourse. „The Imaginative Conservative". 12 Dezember. Online im Internet: URL: http://www.theimaginativeconservative.org/2016/12/demonizing-enemy-new-york-times-new-tyranny-irrational-discourse-joseph-pearce.html [Stand-2016-12-14]

PIKETTY, Thomas. 2014. *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge (MA): The Belknap Press of Harvard University Press

SHAFFER, Butler. 2009.*Boundaries of Order: Private Property As a Social System*. Auburn (AL): Mises Institute. Online im Internet: URL: https://mises.org/system/tdf/Boundaries%20of%20Order%20Private%20Property%20as%20a%20Social%20System_0.pdf?file=1&type=document [Stand-2012-01-08]

SHAFFER, Butler. 2012. *The Wizards of Ozymandias. Reflections on the Decline and Fall*. Auburn (AL): Mises Institute. Online im Internet: URL: https://mises.org/sites/default/files/Ozymandias.pdf [Stand-2014-11-24]

VON MISES, Ludwig. 2008. *Human Action: A Treatise on Economics*. Auburn (AL): Ludwig von Mises Institute

YOUNG, Iris Marion. 2002. *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Assoc. Prof. Gheorghe-Ilie Fârte PhD
Alexandru Ioan Cuza University of Iaşi
Director of Department of Communication Sciences and Public Relations
E-mail: farte@uaic.ro
Telephone: +40 232 201281
Mobile: +40 770 520033

NATIONALE UND POST-NATIONALE, RELIGIÖSE UND SÄKULÄRE INHALTE IM GEISTESWISSENSCHAFTLICHEN BILDUNGSKONZEPT DES POST-TOTALITÄREN RAUMS

IVETA LEITANE

Abstract: The author looks upon education strategies as embedded in a larger education concept, attempting to trace the implicit concept that might be discerned in the sphere of modern education system of humanities in colleges with a post-socialist background in Eastern Europe. The author underlines the significance of different conceptions of emancipation that affect the substantial part of the mentioned concept, and, in the first place, the concept of totalitarianism. It is emphasized how important was the formation of the resistance concept in late socialism for the formation of education strategies in post-socialist period. More detailed attention is paid to current attempts at reforming education strategies in Central Europe in the field of humanities as well as potentially problematic aspects that has not been considered before. In the author's view, the reaction of the church and its spiritual leaders is indispensable with regard to comprehensively diagnosed situation in the field of education, rather than merely to its symptoms.

Mein Beitrag soll den Zusammenhang zwischen dem Bildungsverständnis in den herrschenden geisteswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Ausbildungstraditionen des post-totalitären Raums (mit Blick aufs Baltikum, vorrangig Lettland) und dem Impetus zur Überwindung des sowjetischen Erbes (sei es Ideologie, Bildungsexperimente, der so genannte „neue Mensch", etc.) erhellen, wobei es gilt, zwischen den Inhalten der Ausbildung und dem Verständnis von Bildung selbst als Brennpunkt dieser Überwindung zu unterscheiden. Dieser Beitrag hat einen skizzenhaften Charakter, selbst nicht alle Probleme konnten hier angedeutet werden.

Die Traditionen, an denen diese Versuche zur Überwindung des sowjetischen Erbes anschließen, können unterschiedlichen Geistbegriffen entstammen und daher auch das zu Überwindende unterschiedlich interpretieren. Phasen der „Ernüchterung" und

Katholischer Akademischer Ausländer-Dienst

Internationalisierung von Bildung und Veränderung von gesellschaftlichen Prozessen

KAAD–Alumnivereine:
Beiträge zur zivilgesellschaftlichen
Entwicklung in Mittel- und Osteuropa

Stanislava Gálová – Markus Leimbach –
Serhij Lukanjuk (Hg.)

Bonn 2017

Rezensenten:
Mgr. Andrea Holúbeková, PhD. (Slowakische Agrarwissenschaftliche Universität, Nitra)
PhDr. Johanna Jakabovičová, M.A., PhD. (Slowakische Agrarwissenschaftliche Universität, Nitra)
Péter Varga, PhD. (Eötvös-Loránd-Universität, Budapest)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Hausdorffstr. 151
53129 Bonn
www.kaad.de

Herstellung:
BoD – Books on Demand, Norderstedt

ISBN 978-3-926288-34-9 Druckversion

ISBN 978-3-926288-35-6 e-book

Inhaltsverzeichnis